

Ausgabe: April 2026

Demokratie-Newsletter

Der monatliche Demokratie-Newsletter bietet einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte. Er beinhaltet eine Auswahl relevanter Medienberichte, Urteile, Details zu nationalen Volksinitiativen und Hinweise auf neue juristische Publikationen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Schweiz. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

Herausgeber des Newsletters sind seit Januar 2025 das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) und der Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen an der Universität Zürich von Prof. Dr. Andreas Glaser. Begründet wurde der Demokratie-Newsletter im August 2017 durch Prof. Dr. Dr. Andreas Kley und seine damaligen Mitarbeitenden am Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	4
2.1 Bundesgericht	4
2.2 Kantonale Entscheide	6
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	8
3. Neue Volksinitiativen	9
4. Publikationen	10
5. Dokumentation und Kontakt	11

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

plädoyer *Plädoyer 02/2026*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Weitere Politisierung der Richterwahl befürchtet. Strassburger Richter – Das Parlament will künftig allein die Schweizer Kandidaten für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bestimmen. Der Vorschlag ist umstritten. ([Link](#))



04.04.2026, S. 4

Politiker von SP bis FDP drängen darauf, das EU-Paket aufzuteilen. Abstimmungen – Parlamentarier wollen dem Volk zuerst den institutionellen Teil vorlegen – und später das umstrittene Stromabkommen. ([Link](#))

NZZ *04.04.2026, S. 13*

Unterschriften-Bschiss unterschätzt: Ständeräte rügen Bundeskanzlei. Das Geschäft mit den gefälschten Unterschriften wurde erst 2024 öffentlich bekannt. Doch Warnungen gab es schon 2019. ([Link](#))

NZZ *06.04.2026, S. 19*

[Gastkommentar von René Rhinow] Die Neutralität könnte zum Stolperstein werden. Mit ihrer Politik verliert die Schweiz an Glaubwürdigkeit bei westlichen Partnern, auf deren Kooperation sie sicherheitspolitisch mehr denn je angewiesen ist. ([Link](#))



06.04.2026, S. 19

20 Vorlagen kommen gleichzeitig an die Urne. Dicke Post für Stimmberechtigte – In der Stadt Zürich steht am 14. Juni ein Abstimmungssonntag der Superlative bevor. Fachleute warnen vor oberflächlichen Entscheiden. Kommt die direkte Demokratie an ein Limit? ([Link](#))



07.04.2026, S. 6

Hochhäuser und Eilverfahren: Zug will in «weissen Zonen» die Bauregeln ausschalten. Radikales Mittel – Die Schweizer Bau- und Immobilienbranche schaut momentan gespannt auf den Kanton Zug. Dort arbeitet man an einem revolutionären Instrument zur Bekämpfung der Wohnungsnot. ([Link](#))

NZZ 08.04.2026, S. 12

«Nicht akzeptierbar»: Nun schaltet sich auch der Bund in den Streit um die Velospur am Neumühlequai ein. Noch immer funktioniert die Lichtsignalanlage am Neumühlequai nicht – obwohl es dafür technisch gesehen keine Gründe gibt. ([Link](#))

NZZ 10.04.2026, S. 13

In Deutschschweizer Kantonen hat das Volk mehr Rechte. Die Schweiz ist eine fast perfekte Demokratie – doch es gibt Unterschiede zwischen den Landesteilen. ([Link](#))

NZZ 16.04.2026, S. 8

Weshalb der Kanton Zug an einer uralten Verfassung festhält – und Ausernhoden Totalrevision an Totalrevision hängt. Kantonsverfassungen tragen zur Identifikation bei. Revisionen sorgen dafür, dass das politische System regelmässig durchleuchtet wird. Doch nicht alle Kantone geben gleich viel auf ihr Grundgesetz. ([Link](#))

NZZaS 26.04.2026, S. 17

[Kommentar von Gina Bachmann] Volksinitiativen sind keine Kochrezepte. Die 10-Millionen-Initiative der SVP steht beispielhaft für Initiativtexte, die mit Details überfrachtet sind. Dahinter verbirgt sich ein wachsendes Misstrauen gegenüber dem Parlament. ([Link](#))

NZZ 27.04.2026, S. 8

Der Nationalrat versucht es an der laufenden Sondersession mit Selbstregulierung. Erstmals dürfen Parlamentarier wegen der wachsenden Pendenzenliste keine neuen Vorstösse einreichen. ([Link](#))

NZZ 28.04.2026, S. 9

Kein zweiter Sitz im Ständerat für beide Basel. Parlament spricht sich gegen volles Ständerecht aus. ([Link](#))



29.04.2026, S. 3

Keller-Sutter wirft Bürgerlichen implizit Käuflichkeit vor – Parlamentarier sind pikiert. UBS – Laut der Finanzministerin schieben bürgerliche Parteien Sorgen um die Spenden der Grossbank vor, wenn sie über die Bankenregulierung abstimmen. Im Bundeshaus weisen Politiker den Vorwurf empört zurück. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 20. März 2026 ([1C_144/2026](#))

Kantonale Abstimmung vom 28. September 2025 über die Änderung von Artikel 142 der Verfassung des Kantons Waadt zur Erleichterung des Zugangs zu den kommunalen politischen Rechten für Ausländerinnen und Ausländer – Das Bundesgericht tritt im vereinfachten Verfahren nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 20. März 2026 ([1F 3/2026](#))

Revisionsgesuch gegen ein Urteil zu den Erneuerungswahlen der Mitglieder des Stadtparlaments St. Gallen vom 22. September 2024 – Das Bundesgericht weist das Revisionsgesuch ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 27. März 2026 ([1C 630/2025](#))

Nichteintreten auf Stimmrechtsbeschwerde im Zusammenhang mit einer Teilrevision der Ortsplanung Thierachern – Das Bundesgericht tritt im vereinfachten Verfahren nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 31. März 2026 ([1C 345/2025](#))

Volksinitiative für flüssigen Verkehr auf kantonalen Hauptstrassen (Verkehrsflussinitiative) – Unterbreitung der Volksinitiative und Anordnung der Abstimmung – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit sie nicht gegenstandslos geworden ist. Die Beschwerdeführer rügten, dass die Initiative zu Unrecht dem Volk zur Abstimmung unterbreitet und damit für gültig befunden wurde. Laut Bundesgericht verstösst die Initiative hingegen nicht gegen übergeordnetes Recht.



Urteil des Bundesgerichts vom 1. April 2026 ([1C 672/2025](#))

Revision der Gemeindeordnung von Biberist – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Die Beschwerdeführer rügten eine Verletzung der politischen Rechte als Folge einer mangelhaften Abstimmungsbotschaft. Das Bundesgericht stützt die Auffassung der Vorinstanz, dass aufgrund einer Gesamtbeurteilung der Informationslage eine freie und unverfälschte Willensbildung möglich war.



Urteil des Bundesgerichts vom 8. April 2026 ([1C 738/2025](#))

Kostenauflage in einem vorinstanzlichen Urteil zur Ersatzwahl des Gemeinderats von Oberengstringen vom 28. September 2025 – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.

2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Kantonsgerichts Waadt vom 5. Februar 2026 ([CCST.2025.0037](#))

Kantonale Volksabstimmung vom 12. November 2025 zum Zugang zu den politischen Rechten auf Gemeindeebene für Ausländerinnen und Ausländer – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab. Die Beschwerdeführerin beantragte insbesondere eine Wiederholung der Abstimmung, da vier Mitglieder des Grossen Rats die freie Willensbildung der Bürger beeinträchtigt hätten. Namentlich hatten sich diese auf Sozialen Medien in fehlerhafter oder gar irreführender Weise gegen die Vorlage geäussert. Das Kantonsgericht kommt zum Schluss, dass dieser Sachverhalt keine Aufhebung des Abstimmungsergebnisses rechtfertigt.



Urteil des Kantonsgerichts Waadt vom 25. März 2026 ([CCST.2025.0036](#))

Gültigkeitserklärung der kommunalen Volksinitiative «Eine Bremse für Bauvorhaben für eine vernünftige Verdichtung» – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab. Der Beschwerdeführer beantragte die Ungültigkeitserklärung der Initiative, da diese insbesondere gegen übergeordnetes Recht sowie die Einheit der Materie, der Form und des Rangs verstosse. Die Initiative sieht im Wesentlichen die Einrichtung von Planungszonen auf dem Gemeindegebiet von La Tour-de-Peilz in Hinblick auf die Änderung des kommunalen Nutzungsplans vor. Das Kantonsgericht bestätigt die Gültigkeitserklärung der Initiative.



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 8. April 2026 ([601 2026 39](#))

Gemeindeparlaments- und Gemeinderatswahlen der Gemeinde Düdingen vom 8. März 2026 – Das Kantonsgericht heisst die Beschwerde teilweise gut. Die Beschwerdeführer beantragten insbesondere eine Prüfung der bei der Gemeindeparlamentswahl festgestellten Unregelmässigkeiten sowie die Anordnung von Neuwahlen. Namentlich hatten das Wahlbüro und der beigezogene Oberamtsmann den Verdacht, dass bis zu 135 Wahlzettel von wenigen Personen ausgefüllt worden seien, wodurch ein einzelner Mittekandidat begünstigt worden sei. Eine Analyse der Kantonspolizei bestätigte in der Folge diesen Verdacht. Der Mangel wiegt laut Kantonsgericht schwer, sodass es die Ergebnisse der Gemeindeparlamentswahl aufhebt und Neuwahlen anordnet. Als vorläufige Massnahme seien die ursprünglich als

gewählt erklärten Personen zu vereidigen und bis zu den Neuwahlen ins Amt zu setzen.



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 13. April 2026 ([601 2026 42](#))

Nachzählung der Gemeinderatswahlen vom 8. März 2026 – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab. Die Beschwerdeführer forderten eine Nachzählung der Wahlzettel, da in der zweiten Sitzverteilung der Proporzwahl eine Differenz von lediglich zwei Stimmen entscheidend war. Laut dem Kantonsgericht rechtfertigt ein sehr knappes Ergebnis allein keine Nachzählung, stattdessen müssten konkrete Anhaltspunkte für Unregelmässigkeiten vorliegen. Einen solchen Anhaltspunkt stellten weder die Fehleranfälligkeit der manuellen Auszählung an sich noch ein während der Auszählung ausgelöster Einbruchalarm dar.



Urteil des Kantonsgerichts Freiburg vom 17. April 2026 ([601 2026 58](#))

Kommunale Abstimmung vom 26. April 2026 – Vorbereitungshandlungen – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab. Die Beschwerdeführer rügten insbesondere, dass die Gemeindebehörden den Text der Abstimmungserläuterungen ohne Konsultation des Referendumskomitees erstellt und deren Argumente in willkürlicher Weise zusammengefasst hätten. Laut dem Kantonsgericht war das Vorgehen der Behörden, sich von einem vom Referendumskomitee verbreiteten Flyer inspirieren zu lassen, im Einklang mit dem freiburgischen Recht.



Urteil des Kantonsgerichts Genf vom 23. April 2026 ([ACST/18/2026](#))

Rechtsverweigerungsbeschwerde infolge der Unterlassung des Staatsrats, einen Beschluss des Gemeindeparlaments vom 14. Oktober 2025 zur Umsetzung einer angenommenen Initiative zu genehmigen – Das Kantonsgericht tritt nicht auf die Beschwerde ein.



Urteil des Kantonsgerichts Genf vom 28. April 2026 ([ACST/23/2026](#))

Volksabstimmung vom 30. November 2025 – Das Kantonsgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt. Der Beschwerdeführer rügte insbesondere eine Verletzung seiner politischen Rechte, da ihm die Stimmabgabe verwehrt wurde, nachdem er sich weigerte, sich im Wahllokal zweimal mit einem Ausweis zu identifizieren. Das Kantonsgericht kommt zum Schluss, dass der Beschwerdeführer zu Recht gestützt auf eine Verwaltungsverordnung am Abstimmen gehindert wurde.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 19. November 2025 ([b.1068](#))

Beitrag der «Tagesschau» vom 19. August 2025 im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung vom 28. September 2025 über die Abschaffung des Eigenmietwerts – Die UBI tritt nicht auf die Beschwerde ein, da es an der Beschwerdebefugnis fehle und die Voraussetzungen für eine Popularbeschwerde nicht erfüllt seien. Der Beschwerdeführer rügte sachlich unzutreffende und irreführende Aussagen (insb. zu den steuerlichen Auswirkungen), welche geeignet seien, die Meinungsbildung der Stimmberechtigten zu beeinflussen.

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([13](#)) (+2)
- In Auszählung ([2](#)) (+1)
- Beim Bundesrat hängig ([7](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([10](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([3](#)) (0)



Botschaft des Bundesrats vom 20. März 2026

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» und zum direkten Gegenentwurf empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative und die Zustimmung zum Gegenentwurf. ([BBI 2026 894](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 31. März 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)» hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 14. Oktober 2027. ([BBI 2026 918](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 14. April 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Nein zum F-35» hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 28. Oktober 2027. ([BBI 2026 1044](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 14. April 2026

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für einen starken öffentlichen Verkehr und faire Flugpreise (Mobilitätsbon-Initiative)» hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft bis am 28. Oktober 2027. ([BBI 2026 1045](#))

¹ Stand 2. Mai 2026.

4. Publikationen



EHRENZELLER BERNHARD ET AL., Direkte Demokratie, Zürich/Baden-Baden 2026 ([Verlag](#))



EPINEY ASTRID, «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)», Zu den Implikationen einer Annahme der Initiative unter besonderer Berücksichtigung des BFI-Bereichs, Jusletter vom 20. April 2026 ([Link](#))



LABUD MARA ET AL., The World of Referendums: 2025 Edition, An overview of popular votes in 2025, Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 33 ([Link](#))

LawInside. PELLOUCHOUD TIMOTHÉE, La liberté de manifester... sur l'autoroute, LawInside vom 8. April 2026 ([Link](#))



WOEFFRAY LAURENT, Parlament oder Regierung – wer dominiert in kantonalen Hauptorten?, Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen (SGP/SSP/SSP) 2026/1, S. 24 ff. ([Link](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Zentrum für Demokratie Aarau](#)

Newsletter: An- und Abmeldung an demokratie-newsletter@zdaarau.ch

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen.



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts:

[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Zentrum für Demokratie Aarau
Villa Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau

Universität Zürich
Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht
unter besonderer Berücksichtigung von Demokratiefragen
Rämistrasse 74/14
8001 Zürich

demokratie-newsletter@zdaarau.ch

Redaktion:

Lynn Gassmann, MLaw
Joel Probst, BLaw